NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 26.03.2026 | Robin Frisch

Ende des Geschäftsmodells

Evakuierung für Influencer, Stillstand für Gastarbeiter in den Golfstaaten: Der Krieg entlarvt ein System, das auf Ausbeutung baut.

Die Bundesregierung und andere Staaten organisieren derzeit Evakuierungsflüge für in den Golfstaaten festsitzende Reisende und Influencer. Viele Menschen mit anderen Staatsangehörigkeiten profitieren davon jedoch kaum. Im Gegenteil: Sie verharren in prekären, von Ausbeutung und Unsicherheit geprägten Verhältnissen. Der Krieg im Mittleren Osten zeigt mit brutaler Klarheit, dass das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten auf der systematischen Verwundbarkeit migrantischer Arbeitskräfte beruht. Mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte in den Golfstaaten kommt aus dem Ausland. Millionen von Menschen aus den Philippinen, Indien, Bangladesch, aber auch aus afrikanischen Ländern arbeiten oft seit mehreren Jahren in den Golfstaaten. Ihre größten Sorgen resultieren aus einer bedrohlichen Sicherheitslage, massiven Verdienstausfällen und der völligen Ungewissheit über ihren weiteren Verbleib im Arbeitsland. Eine Rückkehr ins Heimatland ist keinesfalls die Lösung. In Nepal und Jordanien machen Rücküberweisungen alleine aus den Golfstaaten jeweils acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Viele Schwellenländer sind nicht nur vom Öl und vom Gas aus der Golfregion abhängig, sondern auch von den dortigen Arbeitsplätzen.

Dass viele migrantische Arbeitskräfte nicht evakuiert werden können, ist strukturell bedingt. In den Golfmonarchien gilt nach wie vor das *Kafala*-System. Migranten sind an einen *Kafil*, also einen Sponsor gebunden. Diese moderne Form der Leibeigenschaft ermöglicht es den Arbeitgebern, quasi unbegrenzt über ihre Arbeitskräfte zu verfügen. Das Golfmodell funktioniert nur, weil Arbeitskräfte dauerhaft temporär gehalten werden. Sie werden importiert, aber nicht integriert. Rechte bleiben begrenzt, soziale Absicherung minimal, politische Teilhabe versagt. Diese Konstruktion ist kein Defizit, sondern eine Voraussetzung für maximale Flexibilität und niedrige Kosten.

Über Jahrzehnte hinweg

Auch in der aktuellen Debatte wird zunehmend thematisiert, dass das Model der Golfstaaten an

haben die Golfstaaten davon profitiert, Arbeitskräfte dauerhaft temporär zu beschäftigen.

seine Grenzen stößt. In einem viel beachteten Essay in der *New York Times* stellt Richard Florida klar, dass das Wirtschaftsmodell in Dubai und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) die Krise sogar noch verschärft. Seine Frage „Could this be the end of Dubai?“ kann aus sozialer Sicht bejaht werden. Die Golfstaaten haben es allesamt versäumt, die Millionen von Arbeitern in ihren Ländern abzusichern. Der bloße Import von Arbeitskräften und das kategorische Ausbleiben von Integration und sozialer Absicherung deuten auf das Ende des Dubai-Modells hin. Über Jahrzehnte hinweg haben die Golfstaaten davon profitiert, Arbeitskräfte dauerhaft temporär zu beschäftigen. Dieses Modell ist ökonomisch effizient, aber strukturell verwundbar.

Der aktuelle Krieg wirkt wie ein Stresstest für dieses System. Und er zeigt: Es existieren keine institutionellen Mechanismen, um migrantische Arbeitskräfte zu schützen. Während bestimmte Staatsbürger evakuiert werden, bleiben Millionen von Arbeitsmigranten zurück. Während Lieferketten abgesichert werden, fehlt es an elementaren Schutzmaßnahmen für diejenigen, die sie aufrechterhalten. Die Verantwortung wird nicht übernommen, sondern verschwindet – zwischen Herkunftsländern, Arbeitgebern und Golfstaaten.

In einer Studie der ILO wird deutlich, dass soziale Sicherung, wenn überhaupt, nur bei formalen Arbeitsverträgen greift. In fast allen Golfstaaten gehen diese Regelungen zu Lasten der Arbeitnehmer. Eine Krankenversicherung wird als verpflichtend vorausgesetzt und muss privat abgeschlossen werden. Eine funktionierende Arbeitslosigkeitsversicherung gibt es in keinem einzigen Golfstaat. Nur Saudi-Arabien verpflichtet sich bei einigen Herkunftsländern zu Sozialversicherungen. Das Rezept für die temporäre Migration in die Golfstaaten scheint dermaßen erfolgreich, dass auch die aktuelle Notlage nichts daran ändern wird. Soziale Sicherung liegt weiterhin nicht im Interesse der Golfstaaten, da sie daraus keinen eigenen Nutzen ziehen.

Kein einziges Land am Golf hat die entscheidende ILO-Konvention 189 zur menschenwürdigen Arbeit für Hausangestellte ratifiziert. Immerhin haben Katar, Saudi-Arabien und die VAE in den letzten Jahren ihre nationale Gesetzgebung leicht verbessert und Probleme erkannt. In Kuwait, Bahrain und Oman ist auch gewerkschaftliche Arbeit nicht

grundsätzlich verboten. Hier versuchen die Gewerkschaften migrantische Arbeiter zu integrieren. Allerdings ist die Notlage im Krieg jetzt so brenzlig, dass es zweitrangig erscheint, in welchem Maße die Situation für Hausangestellte verbessert wird. Ob mit Gewerkschaften, staatlichen Antworten oder Verpflichtungen der Arbeitgeber – wichtig ist, dass sich die Lage für migrantische Arbeitskräfte in den Golfstaaten fundamental verbessert. Reformen werden wenig bringen. Es ist Zeit für einen Systemwandel.

Die Generalsekretärin des Arabischen Gewerkschaftsverbands Hind Benammar kritisiert das *Kafala*-System, setzt sich gleichzeitig aber für Gesprächskanäle zu Saudi-Arabien ein. Solche diplomatischen Bemühungen sind jetzt hilfreich, denn so können Reformen angestoßen und Konflikte zwischen Regierungen gelöst werden. Das grundlegende Problem bleibt jedoch bestehen: Wie lässt sich die Arbeitssituation nachhaltig verbessern, und wie könnte eine wirksame soziale Sicherung ausgestaltet sein?

In Dubai und den VAE waren die Opfer von iranischen Angriffen größtenteils Gastarbeiter. In Dubai kam es sogar nach alarmierenden Posts in den sozialen Medien zu Inhaftierungen von Arbeitsmigranten. Die strenge Internetzensur erschwert die Lage, da sich die migrantischen Communitys nicht öffentlich über die Situation vor Ort austauschen können. Dass in dieser Situation nicht Staaten, sondern migrantische Netzwerke einspringen, ist kein Zeichen von Resilienz, sondern von systemischem Versagen.

Eine der wenigen Organisationen, die migrantische Arbeitskräfte aktuell unterstützen, ist die *International Domestic Workers Federation* (IDWF). Sie organisiert Notunterkünfte, koordiniert Hilfe und ersetzt damit faktisch staatliche Schutzmechanismen. Soziale Sicherung existiert dort, wo sie improvisiert wird. Die Millionen Jobs als Reinigungskräfte, Nannys und Krankenschwestern erledigen hauptsächlich Frauen. Hausangestellte dürfen oftmals ihre Arbeitsplätze nicht verlassen, ebenso wenig dürfen sie sich frei im öffentlichen Raum bewegen. Die soziale Isolation der Hausangestellten erinnert an die Situation während der Pandemie. Auch hier war auf niemanden Verlass, außer auf ihre eigenen Gemeinschaften.

Wo Regierungen, Arbeitgeber oder Versicherungen nicht helfen, kommt es auf die Gemeinschaften an. Die IDWF kontaktiert die Botschaften der Herkunftsländer, setzt sich für Rückflüge ein und bietet individuelle Schutzmaßnahmen für ihre Mitglieder. Kontakt zu den Hausangestellten stellen sie mittels *community leaders* her. Diese betriebsratsähnlichen Personen informieren über die Lage, unterstützen in Notfällen und

organisieren Schulungen, etwa über mentale Gesundheit. Ein Thema, das angesichts der ausgeprägten sozialen Isolation zunehmend an Bedeutung gewinnt. Diese Arbeit wird in einigen Golfstaaten kriminalisiert, und es kam zu mehreren Inhaftierungen von *community leaders*. Für Hausangestellte, aber auch für Beschäftigte im Bau- und im Transportsektor, geht es dabei schlichtweg ums Überleben. Eine gewachsene Gewerkschaftstradition fehlt in den Golfstaaten jedoch weitgehend. Politik wird in den Golfmonarchien von einer Handvoll mächtiger Männer gemacht.

Mit Blick auf die Fußball-WM 2034 in Saudi-Arabien wär es fatal, die gleichen Fehler wie in Katar zu begehen.

Katar und Saudi-Arabien haben in den letzten Jahren versucht, sich auch finanziell in der ILO einzubringen. Eine weiße Weste können sich die Golfstaaten auf diese Weise jedoch nicht erkaufen. Ambat Yuson, Generalsekretär der sechs Millionen Mitglieder starken Bau- und Holzarbeiter-Internationalen prangert an, dass die Reformen Saudi-Arabiens keineswegs eine Abschaffung des *Kafala*-Systems bedeuten, sondern nur ein *Rebranding*. Auch im Bausektor fehlt es an grundlegender sozialer Absicherung. Die Stadien für die Fußball-WM 2034 werden dort gerade gebaut. Es wäre fatal, die gleichen Fehler wie in Katar zu begehen. Auch dort begünstigte das *Kafala*-System Ausbeutung, da es ein Arbeitsplatzwechsel nahezu unmöglich machte. Rekrutierungspraktiken und Verschuldung im Herkunftsland verstärkten diese Abhängigkeit zusätzlich.

Der Krieg legt daher nicht nur eine Krise offen – er markiert eine Grenze. Ein Modell, das Risiken konsequent auf rechtlich marginalisierte Arbeitskräfte auslagert, ist nur so lange stabil, wie keine Schocks auftreten. Sobald sie eintreten, zeigt sich: Es gibt keine Puffer, weil Unsicherheit Teil des Systems ist. Wie wichtig die sozialen Puffer sind, für die sich Gewerkschaften einsetzen, zeigt sich in der Krise am Golf. Die viel beschworene Frage nach Reformen greift zu kurz. Das eigentliche Problem ist strukturell. Daraus folgt jedoch nicht automatisch ein Systemwandel. Im Gegenteil: Die bisherigen Reaktionen deuten darauf hin, dass die Kosten der Krise weiterhin auf migrantische Arbeitskräfte abgewälzt werden.

Veränderungen werden daher nicht aus den Golfstaaten alleine kommen. Entscheidend sind externe und transnationale Hebel: Herkunftsländer

müssen stärkere Schutzmechanismen und verbindliche Absicherungsabkommen durchsetzen; internationale Organisationen wie die ILO müssen Mindeststandards verbindlicher machen; und auch europäische Staaten tragen Verantwortung, etwa durch Regulierung von Rekrutierungspraktiken, Lieferketten und Arbeitsstandards.



Robin Frisch
La Marsa

Robin Frisch ist Leiter des regionalen Gewerkschaftsprojekts in der MENA-Region sowie des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Algerien.